**Stadt-Politische Initiativen Vernetzung – AG Ziele – Zusammenfassung Diskussion und Papiere**

Angela Brown (X-berger Wohnverwandtschaften, Verbund der Wohnprojekte Berlin (WPB), Susanne Staacke (ehemals Runder Tisch Moabit, jetzt BIKTO), Johanna Claus (OpenBerlin, Stadtpolitik, Dialog extrem), Susanne Torka (Wem gehört Moabit?, Runder Tisch gegen Gentrifizierung Moabit), Kurt Jotter (Büro für ungewöhnliche Maßnahmen – Vernetzung Aktionskampagen), Magnus (Bizim Kiez), Tommy (Mietervolksentscheid & Volksentscheid zur Stärkung der direkten Demokratie), Jörg Lang (städt. WBG, Mieterpartei)

Warum hatten ältere Vernetzungen Probleme? Von älteren Vernetzungsinitiativen lernen:

* Es wurde nie eine gemeinsame Position dazu gefunden, wie man zur aktiven organisierten Politik steht.
	+ Grundsatzreflexion zum r2g-Senat muss her: Wie stehen wir dazu?
		- KOOP & APO – wie weit darf oder muss Kooperation eigentlich gehen
		- Der Druck sich zu organisieren ist größer geworden
		- Alte Bruchkante: Reform vs. Revolution muss überwunden werden
	+ Die Frage des Kontakts bzw. der Zusammenarbeit mit Senat nicht zur Sollbruchstelle machen! Es darf nicht eine Doktrin oder Gretchenfrage sein.
		- Politiker/innen nicht als einheitliche Front auffassen, sondern einzelne Ansprechbare gezielt bearbeiten.
		- Wir sehen uns aber nicht in Abhängigkeit zu Parteien, sondern wissen, dass wir im Wesentlichen außerparlamentarischen Druck für Erfolge aufbauen müssen.
		- Die Arbeit der verschiedenen Richtungen muss aber möglich bleiben.
	+ Kann das Engagement für die Vernetzung und für Bürgerbeteiligung auch professionell finanziert sein?
		- Was könnte eine Form für professionelle Arbeit sein?
		- Wie könnte sich so eine Stelle gegenüber der Politik positionieren? > z.B. Stiftung oder Verein

Anstöße für die Diskussion:

* Wie zusammenarbeiten, ohne sich total gegenseitig überzeugen zu müssen?
	+ Mehrheitsprinzip oder Konsensprinzip oder Gemeinprinzip mal so mal so?
		- Abstimmungsmodi klären - Zufallsplenum darf nicht bestimmend sein
	+ Themen müssen wirklich stadtweit wichtige oder gemeinsame Themen sein
		- Einzelthemen sollen in den Initiativen bleiben – aber Aktionen von einzelnen Inis werden von vielen Initiativen aus den anderen Stadtteilen unterstützt
	+ Kein Zwang zur Einheit aber mit dem respektvollen Bestreben zum Konsens
		- kämpferisch nach außen und solidarisch nach innen
		- Vielfalt zulassen, Freiheit aushalten, Gemeinsamkeiten betonen!
	+ > Ethik für eine Präambel verfassen (s. auch Formulierungen im Vorschlag v. Kurt)
		- Man braucht Klammern, zu denen sich alle bekennen können
		- und nicht die Addition von Einzelanliegen
	+ Nutzung des E-Mail-Verteilers klären – ebenfalls mit klaren Regeln
		- Kein Diskussionsforum, keine Einzeldebatten, kein Diss, Respekt zueinander
	+ Auf welchen Wegen wollen wir unsere Ziele erreichen?
		- Strategische Gedanken: Deutungshoheit erreichen, Positiv/negative Werte besetzen, Zukunft/Utopie positiv besetzen, Kompetenz als Marke darstellen
		- Gemeinsame Kampagnenarbeit als zentraler Bestandteil über AGs
		- Gemeinsame spektakuläre Aktionen mit großen Wir-Gefühl zur Veränderung
		- Dezentrale Aktionen für Erfolge in kleineren Abständen als positive Klammer Gemeinsame Beeinflussung von Politik, Medien und Öffentlichkeit
		- Gemeinsame „Lobby“-Arbeit für Mieter/innen-Interessen
		- Wie geht man mit potentiellen Bündnispartnern um? - Mietervereine etc.

Ziele der Vernetzung:

* Politischen Druck erhöhen als APO - über Medien und ansprechbaren Teilen des r2g-Senat
	+ Änderung der Stadtentwicklungspolitik über Änderung und Schaffung von neuen Gesetzen, Richtlinien, Ausführungs-Bestimmungen und Verwaltung-Vorschriften
* Als Vertretung der Betroffenen auftreten – aber in enger Rückkopplung bleiben.
	+ Großthemen aus den Anliegen der Initiativen extrahieren. Daraus Dramaturgie entwickeln:
	+ Was denkt die Ini, welche von ihren konkreten Zielen besser in einer Vernetzung von vielen durchgefochten werden könnten (s. Hausaufgabe)
* Vielfalt der Themen, Aspekte und Brennpunkte sammeln, einbinden, widerspiegeln
	+ Offen sein für die vielen Gruppen und Initiativen – insbesondere für die, die neu entstehen
	+ Auch aufmerksam sein in Richtung Justiz, Verwaltung, Eigentümer und Ämter…
* Gegenseitiger Kompetenzaufbau, Austausch, Schulungen, Skill-Sharing…
	+ Kompetenzen bündeln, vermitteln > Datenbanken o.s. (OpenBerlin)
	+ Fachleute rekrutieren, Erfahrungsaustausch und Medienaustausch organisieren
	+ interne Kommunikations-Tools effektiv nutzbar machen, gemeinsame Infrastruktur
* Richtige politische Ebene, den Ort und Anlässe für Projekte und Aktionen finden
	+ Zum Beispiel die Beobachtung, Begleitung, Kommentierung der 100 Tage des r2g-Senat
	+ Bundestagswahl: Katastrophale Bundesgesetze gerade für die Privat-Vermieter anprangern und öffentlich machen - Bundesratsinitiativen über Berlin vorschlagen und durchsetzen.
	+ Oder noch höher: über die EU den Verlust der Mieter- und Menschenrechte und Diskriminierungen öffentlichkeitswirksam anzeigen.
	+ Volksentscheid-Initiativen für direkte Demokratie auf Landesebene finden
	+ Landespolitik herausfordern, da Berlin gleichzeitig Land und Kommune ist.
	+ Land muss in Bezirke eingreifen können, wenn dort z.B. Milieuschutz versagt wird.
	+ Umgekehrt können wir in Bezirken progressive Projekte starten, um das Land zu treiben.
	+ Generell gilt für uns die Notwendigkeit von Kontrolle und Aufklärung der Politik

Themen:

* Verdrängungen verhindern – Anti-Gentrifizierung – Vertreibung - als Kern-Problematik
* Gebiets- und Bau-spezifischer Mietenspiegel – ohne die Überhöhten Neubau-Faktoren
* Bürger/innenbeteiligungen an der Stadtentwicklung fordern, nutzen und ausbauen.
* Neuen echten Milieuschutz über Bezirke, Land und Bund rechtlich fordern und durchsetzen
* EnEV auf Wirtschaftlichkeit für Nutzer/innen ausrichten (§559 BGb streichen/modifizieren)
* Sozialmieten neu und bezahlbar gestalten, Sozialbindungen erhalten, §5 WOG sofort streichen Keine Abschiebung der SozialmieterInnen in die gespiegelte Vergleichsmiete
* Rekommunalisierung oder Kommunalisierung preiswerten Wohnraums aus dem Bestand
* Mehr Mietraum in kommunalen und genossenschaftlichen Strukturen entwickeln
* Gesetzliche Möglichkeiten gegen Leerstand, Ferienwohnungen, Umwandlungen ausbauen
* Behutsamer Umgang mit Gemeinschaftsgütern, Grünflächen und anderen städt. Ressourcen
* Zwangsräumungen umgehen, Obdachlose und Geflüchtete menschenwürdig unterbringen.
* Alle zur Entmietung führenden Gesetze sind grundrechtlich zu überprüfen – die Sozialbindung des Eigentums ist wiederherzustellen u. dem BGH ist die Zuständigkeit für Mieter abzuerkennen.
* Einrichtung eines/r Mieterbeauftragten, einer Beschwerde-, Koordinations- u. Vermittlungs-Stelle
* U.v.a.m.

Zu weiteren sinnvollen Unternehmungen im Rahmen des Netzwerks sind AGs anzumelden und ist zum Mitmachen aufzurufen - z.B. dass sich Initiativen mit ähnlichem Fokus zu AGs zusammenschließen, die offen bleiben für Andere, oder Gelegenheiten zur Neusortierung, oder kreativem Widerstand… u.v.a.M.

Beste Grüße Die Ziele-AG